

**Offener Brief der Interessengemeinschaft gegen Fluglärm im Taunus - Ortsgruppe
Königstein an Herrn Regierungspräsidenten Gerold Dieke**

**Skandalöse Beschneidung der Bürgerrechte im Taunus - Vom Fluglärm betroffene
Menschen werden von Auslegung der Akten zum Flughafenausbau ausgeschlossen**

Königstein, den 12.Januar 2005

Sehr geehrter Herr Regierungspräsident Dieke,

wie wir mit großer Verwunderung feststellen mussten, wurde die Stadt Königstein im Taunus vom Kreis der beim Planfeststellungsverfahren Flughafenausbau Frankfurt am Main zu beteiligenden Städte ausgeschlossen.

Dies ist für uns umso unverständlicher als Königstein im abgelaufenen Raumordnungsverfahren beteiligt wurde und die Fluglärmbeeinträchtigung der Stadt durch amtliche Fluglärm-Messungen vom TÜV dokumentiert wurde. Nach Ausbau des Flughafens rechnen wir mit einer möglichen Verdoppelung der Flugbewegungszahlen im Rhein-Main-Gebiet, so auch bei uns.

Wir bitten Sie, den Königsteiner Bürgern die Einsicht in die Unterlagen im Königsteiner Rathaus zu ermöglichen und da dies nur verspätet geschehen kann, ihnen eine entsprechende Fristverlängerung für ihre Einwendungen einzuräumen.

Wie bitten Sie ebenso zu der Verbindlichkeit der in den PFV-Unterlagen dargestellten Flugrouten Stellung zu beziehen. Da dies nach Auskunft der Deutschen Flugsicherung nur unverbindliche Flugrouten sind, kann das keine seriöse Grundlage sein, um den Kreis der betroffenen Kommunen überhaupt zuverlässig einzugrenzen.

Ohne Flugrouten geht von einem Flughafen, abgesehen vom Bodenschall, keine Lärmbeeinträchtigung aus. Der Unsinn dieser Vorgehensweise drängt sich uns bildhaft auf, wenn wir uns vorstellen, Sie würden einen Bahnhof ohne verbindliche Schienentrassen plan feststellen lassen. Zwar hätte sich Ihre Behörde somit die Prüfung der grundstücksgenaue Betroffenheit der Trassenanwohner erspart, klar ist jedoch, daß ein hierauf basierender Bau von Schienenwegen rechtswidrig wäre.

Wir werden parallel zu der hiesigen Forderung nach umfassender Beteiligung des Taunus im beginnenden Planfeststellungsverfahren Landebahn Nordwest Petitionen an die Petitionsausschüsse sowohl des Hessischen Landtages als auch des Deutschen Bundestages senden, mit der Bitte um Unterstützung in dieser Angelegenheit und Überprüfung der Rechtmäßigkeit von Flughafenplanungen ohne verbindliche Flugrouten.

Wie schließen uns darüber hinaus den Argumenten der befreundeten Bürgerinitiativen in Eppstein und Bad Homburg v.d.Höhe vollumfänglich an.

Mit freundlichen Grüßen

Peter Bunse

Dr. Claudia Weiland